

*Carmen Schmitting*

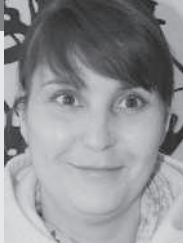
### »Nein Danke« kann erst ein Anfang sein!

Was wir aus der Katastrophe von Fukushima lernen müssen

**Carmen Schmitting**

(\* 1973) Juristin, ist Referentin für Umwelt, Energie und Verbraucherpolitik beim Parteivorstand der SPD.

carmen.schmitting@spd.de



Vier Wochen nach Erdbeben und Tsunami wurde die Atomkatastrophe von Fukushima auf der Internationalen Bewertungsskala für nukleare Ereignisse (INES) auf die höchste Stufe 7 statt bislang 5 eingeordnet. Damit wurde das Reaktorunglück in Japan als mindestens ebenso gefährlich für Mensch und Umwelt wie die Explosion in Tschernobyl eingestuft. 25 Jahre nach der Tschernobyl-Katastrophe liegen die Vergleiche zwischen Japan und der Ukraine nahe. Japan ist ein modernes Industrieland, und wenn dort solch ein Unglück geschehen kann, »verändere das die Lage« erklärte die Kanzlerin zur Begründung ihres Moratoriums.

Bei einer Gedenkveranstaltung anlässlich des Jahrestages von Tschernobyl waren in Berlin ein Liquidator und ein Hubschrauberpilot zu Gast, die erzählten, wie sich am 26. April 1986 alles für sie veränderte. Für sie war Tschernobyl ein Ereignis, das sie gerne verdrängen wollen, was aber angesichts der Krankheiten, die sie selbst, ihre Kinder und ihre Enkelkinder zu tragen haben, unmöglich ist. »Wir haben damals nicht begriffen, was geschieht und es wurde uns auch nicht gesagt, wie groß die Gefahren für den menschlichen Körper wirklich sind«, berichten beide. Sie

waren Soldaten, taten ihre Pflicht und stellten keine Fragen.

#### **Kosten und Risiken benennen**

Auch in Japan wird die Kritik an der Informationspolitik der Regierung und der Firma Tepco lauter. Jetzt werden Fragen gestellt. Die scheinbar präsentierten Hiobsbotschaften über radioaktiv verseuchtes Wasser, sich widersprechende Meldungen über die radioaktive Strahlung und die schleppende Evakuierungspolitik der Regierung verunsichern die Menschen. Es kommt zu ersten Anti-Atomkraft-Demonstrationen in einem Land, das wie kaum ein anderes von der Nutzung der Kernkraft überzeugt war. Doch wovon sind die Menschen überzeugt? Wovon war die Bundesregierung bei der Laufzeitverlängerung überzeugt? Dass Atomkraft eine Möglichkeit ist, saubere Energie zu erzeugen, billig, ohne Risiko? Wenn man, wie die Bundeskanzlerin, die Augen vor der Katastrophe von Tschernobyl verschloss, musste jetzt die Seifenblase von der risikofreien Atomstromversorgung zerplatzen.

Sicherlich kann und muss eine Gesellschaft, können und müssen ihre politischen Vertreter darüber entscheiden, welchen Weg der Energieversorgung sie für ihr Land wollen. Eine Gesellschaft kann aber nur dann entscheiden und die Risiken abwägen, wenn Kosten und Risiken der Energieversorgung klar benannt werden. Das ist nirgendwo auf der Welt der Fall.

In Deutschland ist die Konterrevolution in vollem Gange. Ihre Protagonisten sehen uns bereits am Tropf der französischen Atomkonzerne. Fakt ist aber, wenn Atomstrom aus dem Ausland importiert wird, dann liegt das zum einen an fehlerhaften Mechanismen auf den Strombörsen. Zum anderen daran, dass etwa die Chemische Industrie auf dem Import französischen Atomstroms zu Dumpingpreisen besteht, statt eigene Stromsparpotenziale zu mobilisieren. Auch bei einem dauerhaften Abschalten der acht ältesten und gefährlichsten Meiler werden die Lichter hierzulande nicht ausgehen.

### **Umbau der Energiewirtschaft**

Nach aktuellen Umfragen will eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung den Atomausstieg. So positiv diese Haltung zu bewerten ist, ein »Nein Danke« zur Atomkraft genügt nicht, solange die Frage »Was denn dann?« offen bleibt.

Einigkeit herrscht darin, dass es den Menschen in einer Welt mit knapper werdenden Ressourcen gut gehen soll, dass sie möglichst wenige Einschränkungen im Alltag erfahren sollen. Dazu brauchen wir neben effektiverer Energienutzung und erneuerbaren Energiequellen ein intelligenteres Energiemanagement als zuvor. Das kann auch die effizientere Nutzung von Kohlekraftwerken bedeuten, oder verpflichtende Maßnahmen für verschiedene energieintensive Branchen.

Der Umbau der Energielandschaft gelingt unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nur, wenn nicht mehr allein an der Energieverschwendung und am Energieabsatz verdient wird und der Einfluss der Energiemonopole, die dieses Ziel vertreten, zurückgedrängt wird.

Dieses Projekt ist aber nur realisierbar, wenn sich der gesamte Prozess der zukünftigen Energieversorgung und -verwendung wesentlich stärker als bisher auf die Zivil-

gesellschaft stützt. Ein Bekenntnis zum Atomausstieg muss einhergehen mit dem Bekenntnis zum Umbau, bei dem der Konsument auch zum Produzenten wird, bei der gesellschaftliche Verantwortung von allen übernommen wird. Dabei wird es Entscheidungen geben, die nicht alle zufriedenstellen können, denn womöglich kann nicht jede Hochspannungsleitung unterirdisch verlegt werden.

Ein solcher Prozess des Aushandelns, verbunden mit einer neuen Gemeinwohl-

orientierung und einem gesamtgesellschaftlichen Bekenntnis, ist die einzig mögliche Antwort auf die Frage, was Deutschland aus den Katastrophen von Tschernobyl und Fukushima lernen kann. Darum ging es ihnen: dass etwas gelernt würde aus der Tatsache, dass der Begriff von der friedlichen Nutzung der Atomkraft ein Widerspruch in sich ist – das war der Auftrag, mit dem der Liquidator und der Hubschrauberpilot aus der Ukraine ihre Zuhörer in Berlin zurück ließen.

*Richard Meng*

## Die modisch-grüne Republik

### Das Parteiensystem nach den Frühjahrswahlen

*Oh wie grün sind sie plötzlich alle. Die Kanzlerin hatte schon vor den Wahlen ihr Atommoratorium verkündet – ein damals eher taktisches, wie wir dem Geplapper des Wirtschaftsministers entnehmen konnten. Nach dem Stuttgarter Mehrheitsverlust hat bei Schwarz-Gelb geradezu ein Wettlauf um die Ausstiegskrone begonnen. Hauptsache: Wir haben verstanden. Und darin zeigt sich etwas, jenseits offenkundiger politischer Panik auf der parlamentarischen Rechten.*

#### Richard Meng

(\* 1954) ist Sprecher des Senats von Berlin.



sprecher@senatskanzlei.berlin.de

Ist das jetzt der letztendliche Triumph inhaltlich-grüner Hegemonie? Auch wenn man gut daran tut, diese Frage so für völlig falsch gestellt zu halten, kommt an ein paar bemerkenswerten Grundbefunden niemand vorbei. Nur einer davon betrifft die tiefsitzende, durch die Bilder aus Japan neu mobilisierte Atomangst. Ein anderer zeigt sich in der großen Bereitschaft eines überschaubaren, aber wachsenden Teils des Publikums, für ökologisch verträglichere

Produkte höhere Kosten in Kauf zu nehmen. Ein dritter aktueller Befund: Hartnäckig bestätigten Umfragen immer neu, dass eine stabile Mehrheit gegen einen Bundeswehreinsatz in Libyen ist und sogar die außenpolitisch kruzepinliche deutsche Enthaltung im UN-Sicherheitsrat gut heißt.

Atom, Umwelt, Frieden: Hier tickt Deutschland heute anders, konsequenter – rationaler und/oder gefühlsgesteuerter – als die meisten Nachbarn. Und zur jüngeren deutschen Geschichte gehört nun einmal, dass die Grünen gegründet wurden, weil die Schmidt-SPD bei genau solchen Themen mehrheitlich ignorant war, dass also die Grünen einst als politischer Ausdruck einer kulturellen Generationsbewegung begannen, und diese Generation jetzt in dem Alter ist, in dem Generationen die Gesellschaft prägen.